Ausgabe 01/22 28. Juni 2022

DER DEUTSCHLANDSPIEGEL

Die Tansania-Koalition: Fluch oder Segen?

Berlin – Als die Parteivorstände von Grünen, Allianz und CDSU am Montagabend zur Pressekonferenz geladen haben, hat ganz Deutschland gebannt nach Berlin geschaut. Drei Wochen nach der Bundestagswahl sollte die sogenannte „Tansania-Koalition“ ihren Koalitionsvertrag präsentieren.

Foto: Deutscher Bundestag

Dass dieser Vertrag überhaupt zustande kam, grenzt an ein Wunder. Jedenfalls hätte es am Abend der Bundestagswahl wohl kaum jemand für möglich gehalten. Nach dem Wahlsieg der Grünen und dem starken Abschneiden der Internationalen Linken stand einer Fortführung der äußert erfolgreichen und in der Bevölkerung beliebten grün-rot-roten Koalition unter Bundeskanzler Linner eigentlich nichts mehr im Wege. Auch der etwas überraschende Rückzug von Linner und das Antreten von Verteidigungsministerin **Kerstin Siegmann** (im Bild oben) als Kanzlerkandidatin der Grünen scheint die Wählerinnen und Wähler nicht davon abgehalten zu haben, die amtierende Bundesregierung mit einem starken und mehrheitsfähigen Mandat auszustatten. Doch ausgerechnet die Sozialdemokratische Partei – die sich mit dem Begriff „Opposition“ im Bund schon seit vielen Legislaturperioden nicht mehr ernsthaft beschäftig hat, erteilte Grünen und Linken eine Absage. Der Vorstand – und insbesondere der neue Vizevorsitzende Jan Friedländer als treibende Kraft – drängten darauf, in einer Basisabstimmung gegen die Aufnahme von Sondierungsgesprächen zu votieren. Schon alleine die Tatsache, dass eine solche Basisabstimmung durchgeführt wurde, zeigt, wie groß der Drang des SDP-Vorstandes war, eine weitere Legislaturperiode in der Bundesregierung unter allen Umständen zu verhindern.

Dass die Grünen, mithin schon vor der offiziellen Verkündung des – zugegebenermaßen absehbaren – Ergebnisses der SDP-Basisabstimmung, die Liberal-Konservative Allianz sowie die Christlich Demokratisch Soziale Union zu Sondierungsgesprächen eingeladen hat, hat die politische Expertenwelt in Deutschland jedoch schwer verwundert. Ausgerechnet Grünen-Kanzlerkandidatin Siegmann galt bis dahin als absolute Gegnerin einer Koalition mit der Allianz. Ob schließlich ihr Verantwortungsbewusstsein Deutschlands Bürgerinnen und Bürger gegenüber oder ihr dringender persönlicher Wunsch Bundeskanzlerin zu werden den ausschlaggebenden Punkt für diese Entscheidung darstellte, bleibt der Öffentlichkeit wohl verborgen.

Nach zwei intensiven Wochen der Verhandlungen haben die Vorstände von Grünen, Allianz und CDSU am Montag also ihren Koalitionsvertrag unter dem Motto „Heute für Morgen: Ökonomisch, Ökologisch, Liberal“ präsentiert. Die designierte Kanzlerin Siegmann sprach in ihrem Pressestatement davon, dass die Koalition „kein Traumschloss“ sei und dass die Grünen wieder einmal bewiesen hätten, eine „staatstragende Partei“ zu sein. Eine durchaus streitbare Aussage, wenn man sich an die Zeiten vor dem Kabinett Linner zurückerinnert. Allianz-Vorsitzender Kassab bezeichnete die geschmiedete Koalition als „etwas Historisches“ – und damit hat er allemal Recht. Doch wie wird sich die Tansania-Koalition bei ihrem Premierenauftritt in der Bundesregierung geben? Während die Freude über den erfolgreichen Verhandlungsabschluss bei der Allianz und der CDSU groß zu sein scheint, gab es bei den Grünen wohl mehr parteiinternen

Rund 250 Demonstrantinnen und Demonstranten versammelten sich am Sonntag vor der Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Berlin

Gesprächsbedarf. Der Anführer der Anti-Tansania-Bewegung bei der Kanzlerpartei, der Hamburger Enrico Maier, hat schon am Sonntag zu einer Demonstration vor der Bundesgeschäftsstelle der Grünen aufgerufen. In einer passionierten Rede bekam die Allianz als Partei die „jeglichen Fortschritt ablehne“ und „Extremist*innen und Rechtsradikale“ beheimate, ihr Fett weg. Allen Protesten zum Trotz stimmte die Grüne Basis für den Koalitionsvertrag, was Enrico Maier schließlich zu einem Parteiwechsel veranlasste. Er verkündete, wenig überraschend, noch am Montagabend seinen Wechsel zur Internationalen Linken.

Dabei kann sich der Koalitionsvertrag aus Sicht der Grünen durchaus sehen lassen. Neben einer Vielzahl an Klimaschutzpunkten schafften es die Grünen auch die Erbschaftssteuerreform in den Vertrag aufzunehmen. Gleichzeitig sieht der Vertrag weder eine Erhöhung des Wehretats noch das von der CDSU geforderte Sondervermögen für die Bundeswehr vor – auch hier haben sich die Grünen wohl auf ganzer Linie durchgesetzt. Entsprechend wären Aufschreie in den Parteibasen von Allianz und Union viel eher zu erwarten gewesen als bei den Grünen. Die konservativen Teile der Koalition blieben jedoch – zumindest öffentlich – sehr still. Zu groß schien die Verlockung zu sein, endlich wieder Teil einer stabilen Bundesregierung werden zu können. Die Verlockung war wohl so groß, dass man in den Verhandlungen nicht den Mut dazu hatte, wirklich kontroverse Punkte in den Raum zu werfen. Stattdessen haben sich Allianz und CDSU mit wenig umstrittenen und Punkten wie dem G20 Compact with Africa, die Stärkung des Familiengeldes und die Entlastung von Bundeshaushalt und privaten Haushalten abspeisen lassen. Überhaupt hat sich die Allianz seit dem weitestgehenden Rückzug des „harten Kerns“ der Partei rund um Ryan Davis, Friedrich Augstein und Maximilian von Gröhn zu einer deutlich gemäßigteren, kompromissbereiteren Partei entwickelt – offenbar gar so kompromissbereit, dass das eigene Profil im Koalitionsvertrag quasi gar nicht ersichtlich ist.

Vielleicht war es gerade dieses Wissen, das die Grünen überhaupt dazu veranlasst hat, sich auf diese Verhandlungen einzulassen. Ob den Allianz-Wählerinnen und -Wählern dieser etwas verwaschen liberal-konservative Kurs wirklich gefällt, wird sich wohl erst bei den kommenden Wahlen zeigen.

Insgesamt ist diese Koalition keine, die für einen großen Aufbruch in die eine wie die andere Richtung sorgen wird. SDP-Vorsitzender Friedländer bezeichnete ihn auf Twitter gar als „programmatische Notgeburt“ – und doch hat sich die Koalition wichtigen Themen verschrieben, wie der Rentenreform, dem Klimaschutz und der Stärkung des Gesundheitswesens.

Der Vertrag bietet einen soliden Grundstein für eine stabile Bundesregierung – nicht mehr und nicht weniger. Jedoch kann auch die Freude darüber, dass wir in Kriegszeiten eine mehrheitsfähige Regierung haben werden, nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Vertrag nicht das ist, was die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler sich wohl gewünscht hätte.

von Dr. Petra Falkenstein
Leiterin Hauptstadtstudio

Neuwahlen in Thüringen

Erfurt – In Thüringen herrscht nicht erst seit gestern politisches Chaos. Nachdem Ministerpräsident Pilarow überraschend von seinem Amt zurück-, aus der Internationalen Linken ausgetreten und danach nach Hamburg umgezogen ist – was zu allgemeiner Empörung in Thüringen und darüber hinaus führte – hat der Landtag nun seine Auflösung beschlossen und somit den Weg für kurzfristige Neuwahlen frei gemacht, die nun am Sonntag anstehen werden.

Aus der Welt geschaffen scheint die Causa Pilarow damit jedoch noch nicht. Der Landtagsabgeordnete und Allianz-Generalsekretär Fadi von Schöneberg hat sich entschlossen den Ministerpräsidenten zu verklagen. Seine Klage wurde nun jedoch aus formellen Gründen abgewiesen. Ob ein zweiter Anlauf gewagt werden soll, ist noch unklar.

Jedenfalls haben von Schöneberg und weitere Oppositionsvertreterinnen und -Vertreter mehrfach darauf hingewiesen, dass Pilarow von Verfassung wegen verpflichtet sei, weiter geschäftsführend im Amt zu bleiben. Mit seinem Umzug nach Hamburg hätte er gegen diese Pflicht verstoßen, so die Argumentation.

Abseits der rechtlich noch ungeklärten Fragen bleibt zu hoffen, dass Thüringen nach dieser anstehenden Wahl endlich zur Ruhe kommt. Wie die Wahl ausgehen wird, ist derzeit schwer abzusehen. Es zeichnen sich aber herbe Verluste für das linke Lager ab.

von Sonja Ellmann

In eigener Sache

Dr. Wolfgang Kaufmann
Chefredakteur

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

ich freue mich sehr, Ihnen hiermit die erste Ausgabe des **DeutschlandSpiegel**s präsentieren zu dürfen. In mittelmäßig regelmäßigen Abständen werden wir in Zukunft über das politische Geschehen in Deutschland berichten, dieses bewerten und kommentieren.

Unser Team aus erfahrenen und eingesessenen wie jungen und dynamischen Redakteurinnen und Redakteuren wird Sie über die bristantesten Vorgänge im politischen Deutschland, über die aktuellen Themen, die Deutschlands bewegen sowie die Stimmung in unserem Land auf dem Laufenden halten.

Wenn Sie selbst journalistisch tätig werden möchten, dürfen Sie sich gerne an unsere Redaktion wenden. Wir sind immer offen für spannende Gastbeiträge und Leserbriefe.

Unsere Redaktion steht für Weltoffenheit, Meinungsfreiheit und eine gesunde Diskussionskultur. Wir bemühen uns um eine möglichst objektive Berichterstattung und kennzeichnen meinungsbetonte Texte entsprechend. Meinungsvielfalt wird bei uns großgeschrieben und es ist mein persönliches Anliegen, dass in unserer Redaktion jede Art von Meinung und Positionierung zugelassen und veröffentlicht wird, soweit sie sich im Rahmen der Gesetze befindet und angemessen formuliert ist. Dies gilt für Texte aus unserer Redaktion ebenso wie für Gastbeiträge.

Der **DeutschlandSpiegel** will sich als neues Qualitätsmedium in der Medienlandschaft etablieren und die gesamte Bandbreite des Journalismus abdecken. Egal ob sachliche Berichte, zugespitzte Kommentare, eine Kolumne zum Schmunzeln oder ein Interview mit Politikerinnen und Politikern oder Expertinnen und Experten – in unserer Zeitung soll für jeden etwas dabei sein.

Ich hoffe, wir können auch Sie fesseln und für unsere Zeitung begeistern. Für konstruktive Kritk und Verbesserungsvorschläge oder Wünsche sind wir stets offen. Lediglich, dass Ihre Wünsche auch in Erfüllung gehen, kann ich Ihnen nicht versprechen – bis Weihnachten ist es ja leider noch etwas hin. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen dieser ersten Ausgabe. Möge es nicht die letzte bleiben!

Future hat schon jetzt keine Zukunft

ein Kommentar von Brigitte Paulus

Was war schon immer die Paradedisziplin der linken Parteien? Richtig, sich zu streiten und zu spalten, statt ihre Kräfte zu bündeln. Schmerzlich erfahren muss das gerade vor allem die Internationale Linke. Nachdem das Handeln der Parteispitze einigen Mitgliedern wohl sauer aufgestoßen ist, entschloss man sich kurzerhand, die Partei zu verlassen. Der Vorstand hätte über die Köpfe der Basis hinweg Entscheidungen getroffen, lautete die Beschwerde grundlegend. Wie man einem Vorstand, der gerade dazu gewählt ist, Entscheidungen für die Partei zu treffen, dies zum Vorwurf machen kann, konnte freilich niemand wirklich erklären.

Nur wenig nachdem man Partei und Bundesland geradezu fluchtartig verlassen hat, entschied man sich – nach Aussagen von Janett Wissler – gut vorbereitet, eine neue Partei zu gründen – oder es zumindest zu versuchen.

Der Name der zu gründenden Partei ist dabei ebenso wenig überzeugend wie das Gründungsprogramm. „Future – die Zukunftsdemokraten“, ein Name der mehr Fragen aufwirft als Antworten abgibt. Während das englische Wort „Future“ wohl eine gewisse Moderne und Jugendlichkeit zum Ausdruck bringen soll, zaubert der Term Zukunftsdemokraten nicht nur mir viele Fragezeichen ins Gesicht. Was soll ein Zukunftsdemokrat sein? Ein Demokrat, der für die Zukunft ist oder ein zukünftiger Demokrat? Was unterscheidet einen Zukunftsdemokraten von einem Gegenwartsdemokraten? Für all diese Fragen findet man leider bis heute keine Antwort.

Antworten auf die andere wichtige Frage, was denn dieses neue Geschöpf innerhalb der Parteienlandschaft auszeichnen solle, gibt auch das Gründungsprogramm nicht. Die Partei sei links-ökologisch und wolle grüne und linke Politik vereinen. Ruft man sich in Erinnerung, dass als Gründungsmitglied etwa Janett Wissler auftritt, die den Parteivorstand der Internationalen Linken für die Entscheidung zur Aufnahme von Sondierungen zwischen linken und grünen Parteien kritisiert hat, verwundert diese Aussage umso mehr. Weiter seien die Zukunftsdemokraten eine Partei der Zukunft – was objektiv zumindest nicht falsch ist, denn gegenwärtig sind sie tatsächlich noch keine Partei.

Die weiteren Teile des Programmes lesen sich dann streckenweise eher wie ein Bekenntnis zu ausgewählten Grundrechten, was an sich natürlich eine durchaus lobenswerte Sache ist, aber eben auch keine Differenzierung zu bereits existierenden Parteien darstellt – lässt man das Freiheitliche Forum außen vor.

Wenn Sie sich jetzt fragen, was diese Parteigründung eigentlich soll, dann sind Sie schon auf dem genau richtigen Weg – denn diese Frage sollte und muss man sich stellen. Die Gründung dieser Partei kann jedenfalls keine ernsthaften programmatischen Gründe haben. Mit allem, was dieses Gründungsprogram fordert, würde man sich in quasi jeder bestehenden Links- oder Mittel-Links-Partei wohlfühlen. In keinem genannten Programmpunkt grenzen sich die selbsternannten Zukunftsdemokraten von anderen linken Parteien ab. Im Gegenteil. Diese Parteigründung rührt viel eher aus persönlichen Gründen. Sowohl Wissler als auch Pilarow, die zwei treibenden Kräfte hinter dieser Gründung, sprachen in ihren öffentlichen Statements von Differenzen mit dem I:L-Vorstand. Pilarow meinte, er stünde nicht mehr hinter der Politik dieser Partei. Alles in allem wirkt dieser Streit, der auf eine seltsam intransparente und doch öffentliche Weise ausgetragen wurde, sehr konstruiert und wenig konstruktiv. Gerade Wissler scheint geradezu auf der Suche nach Empörung zu sein, ohne wirkliche Gründe dafür zu haben. Insoweit dürften Ernesto B. Dutschke und Ella Löwenstein-Boum im Vorstand der Internationalen Linken vielleicht sogar ganz froh sein, diesen Störenfried los zu sein.

Der Abgang von Wisser und Pilarow zeugen jedenfalls von einer gewissen und nicht nur vernachlässigbaren politischen Stillosigkeit – und genau das wird ihnen zum Verhängnis werden. Eine Partei lässt sich nämlich nur mit Stil führen. Schon allein deshalb hat Future keine Zukunft. Und auch wenn die Zukunftsdemokraten, die eigentlich nie wirklich Zukunftsdemokraten waren und auch in Zukunft keine Zukunftsdemokraten sein werden, bleibt zu hoffen, dass sie zumindest ihr Scheitern mit Stil zur Kenntnis nehmen werdem.

von Brigitte Paulus
Stv. Chefredakteurin

Aufsteigerin der Woche: Kerstin Siegmann

Weißer Rauch in Berlin! Deutschland hat seit Mittwochabend eine frischgebackene Bundeskanzlerin – und das, obwohl die Vorzeichen nach der Koalitionsabsage der Sozialdemokraten alles andere als gut standen.

Um Deutschlands politischer Stabilität Willen hat die Grüne Kanzlerkandidatin Kerstin Siegmann gezeigt, dass sie zu großen Kompromissen bereit ist. Als die Sozialdemokratische Partei verkündet hat, über die Aufnahme von Sondierungsgesprächen eine Basisabstimmung durchführen zu wollen, hat Siegmann nicht lange gezögert und den ersten, schmerzhaften Schritt schon eingeleitet, bevor das Ergebnis der SDP-Abstimmung überhaupt feststand. Dass Siegmann sich damit – auch in der Partei – nicht nur Freunde gemacht hat, steht außer Frage. Der linke Flügel der Grünen – dem Siegmann selbst auch zuzuordnen ist – ist seit jeher auf Kriegsfuß mit der Allianz. Gerüchten zufolge gab es nach dem Skandal um Bundesminister Bourgeois in der Partei sogar Stimmen, die für ein Kooperationsverbot mit der Allianz warben. Ob Siegmann damals Teil dieser Bewegung war, ist nicht bekannt.

Jedenfalls aber ist die Bundeskanzlerin in dieser schwierigen Situation über ihren eigenen Schatten gesprungen. Dass sie sich einer Koalition mit Allianz und CDSU nicht entgegenstellte, muss ihr hoch angerechnet werden. Denn am Ende ist sie es, die für das Handeln und die Politik der Bundesregierung in den nächsten Wochen geradestehen muss. Das wird mit Sicherheit nicht immer lustig sein. Dennoch bürgt sich Siegmann diese Last auf.

Mit der Vereidigung von Siegmann am Mittwochabend ist sie schon jetzt in die Geschichtsbücher Deutschlands eingegangen – als erste Kanzlerin einer Tansania-Koalition – auch, wenn Siegmann sich nach der Wahl wohl etwas anderes erhofft hätte.

von Lukas Augustin

Dr. Kerstin Siegmann wurde am 5. Mai 1969 in Bremen geboren. 2018 trat sie den Grünen bei. Im Juni 2021 wurde sie dort zur politischen Geschäftsführerin gewählt. Es folgten Amtszeiten als Senatorin in Hamburg sowie als Bundesgesundheits-, Bundesaußen- und zuletzt Bundesverteidigungsministerin. Seit Juni 2021 ist Siegmann gemeinsam mit Birgitte Lund Vorsitzende der Grünen. Am 29. Juni 2022 wurde sie zur Bundeskanzlerin gewählt und im Bundestag vereidigt.

Die Sozialdemokratische Partei in der Krise:

Gegeneinander statt Miteinander?

In der Sozialdemokratischen Partei herrscht dicke Luft. Schon die unzureichende Regierungsarbeit der Sozialdemokraten im Kabinett Linner hat bei vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Unzufriedenheit gesorgt. Nachdem die SDP bei der Bundestagswahl im März 2022 auf ein Allzeittief von 18 % fiel, kam auch die erhoffte Erholung bei der Wahl Anfang Juni nicht. Zwar konnte man das Ergebnis mit 20 % der Wählerstimmen leicht verbessern. Man blieb aber dennoch weit hinter den Erwartungen zurück.

An diesem Ergebnis konnte auch Jan Friedländer nichts ändern. Das politische Schwergewicht hat einige Zeit vor der Bundestagswahl sein politisches Comeback gegeben. Als ehemaliger Bundestagspräsident und Bundesminister weiß er, wie dar Hase läuft. Vier ganze Legislaturperioden war er im Bundestag vertreten – zunächst für die von ihm gegründete Partei „Vorwärts!“, später für die SDP. Im Eiltempo hat sich Friedländer in der SDP wieder zu einer führenden Persönlichkeit hochgearbeitet und wurde als stellvertretender Vorsitzender prompt in den Parteivorstand gewählt. Wenig später löste er seinen Parteikollegen Alex Regenborn als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen ab. Dass Regenborn persönlich zu seinem größten parteiinternen Konkurrenten werden sollte, ahnte damals kaum einer.

Die Politik Friedländers stößt nämlich nicht bei allen Mitgliedern auf Anklang. Schon immer war Friedländer eine streitbare Persönlichkeit, der in der Öffentlichkeit oft und gerne polarisiert. Auch jetzt galt Friedländer als treibende Kraft bei der Mission, die SDP im Bund die Opposition zu führen. Auch dies war eine Entscheidung, die sowohl in der Partei als auch über die Parteigrenzen hinaus teils für Unverständnis sorgte. Dennoch darf man Friedländer seine Kompetenz und seine Erfahrung nicht absprechen. Auch wenn er nicht jedermanns Typ ist, hat er das Zeug dazu, die Sozialdemokraten wieder auf Vordermann zu bringen.

Dieses Potential hat wohl auch die Parteibasis erkannt und Friedländer vor rund zwei Wochen zum Nachfolger von Stefan Herzinger als Parteivorsitzenden gewählt. Dieser galt am Ende seiner Amtszeit ohnehin nur noch als Marionette für Friedländer.

Immer mehr bahnt sich jedoch ein parteiinterner Lagerkampf bei den Sozialdemokraten an. Nicht jeder ist mit der Linie Friedländers einverstanden. Besonders deutlich wurde Alex Regenborn. Der vierfache Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens und ehemalige Bundesminister und Bundeskanzler ist einer der großen Namen innerhalb der SDP. Auch er ist eine streitbare, aber einflussreiche Persönlichkeit der Partei. Sein Herzensanliegen war in den letzten Tagen die Verurteilung der von Großbritannien beschlossenen Auslieferung von Julian Assange an die Vereinigten Staaten. In einer öffentlichen Mitteilung sprach der ehemalige SDP-Vorsitzende von einem „schwarzen Tag für die Pressefreiheit“ und forderte eine klare Positionierung der grün-rot-roten Bundesregierung. Die Reaktionen auf diese Aussagen waren gespalten. Ausgerechnet aus den Reihen des eigenen Vorstandes erntete Regenborn keine Zustimmung. Ex-Vorsitzender Herzinger sagte, Assange würde ein faires Verfahren in den USA erwarten. Das gleiche Echo kam von Friedländer, der keinen Anlass sehe, die Rechtsstaatlichkeit der USA in Frage zu stellen. Es folgte ein längeres Hin und Her, bei dem immer deutlicher wurde, dass Regenborn mit der Einschätzung des SDP-Vorstandes zum Fall Assange gar nicht einverstanden war. Übereinstimmenden Aussagen mehrerer Mitglieder der SDP zufolge soll Regenborn im Anschluss an diese öffentliche Diskussion über einen parteiinternen Antrag versucht haben, den Vorstand zur Abgabe einer Stellungnahme zum Fall Assange im Namen der Sozialdemokratischen Partei zu zwingen. Auch wenn keine Information über den internen Debattenverlauf vorliegen, ist zu erwarten, dass das Hin und Her zwischen Regenborn und seinen Vertrauten sowie dem Duo Friedländer/Herzinger eine Fortsetzung gefunden hat. Am Ende wurde der Antrag Regenborns, dessen Wortlaut nicht an die Öffentlichkeit drang, jedoch von der Parteibasis abgelehnt.

Insgesamt kristallisieren sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei immer mehr zwei Lager heraus. Regenborn ist nicht der Einzige, der mit gewissen Entscheidungen des Parteivorstandes nicht einverstanden zu sein scheint. Einige Stimmen in der SDP sprechen gar davon, dass sich die Gegner Friedländers abspalten und eine eigene Partei gründen wollen.

So oder so ist die Lage der Sozialdemokratischen Partei in diesen Tagen prekär. Nach den desaströsen Wahlergebnissen im Bundestag müsste die Partei als Einheit einen Weg aus der Krise suchen – stattdessen scheint sie heute gespaltener denn je. Die Sozialdemokratische Partei wieder zu einen, wird daher wohl eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Parteivorstandes sein. Ob Jan Friedländer hierfür der richtige Mann ist, wird sich zeigen.

von Fiete Russmann
Redakteur

Im Namen des Volkes!

§

Verfassungsstreitigkeit in Hamburg:

Berechtigte Klage oder nur beleidigte Opposition?

In Hamburg herrscht Streit über die rechtmäßige Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren. Die vom Ersten Bürgermeister Lando Miller vorgeschlagenen Senatorinnen und Senatoren wurden vor rund zehn Tagen nach Artikel 34 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (HV) mit sechs zu fünf Stimmen bestätigt – es gab jedoch eine Enthaltung. Bürgerschaftspräsident Nagumo entschied, dass die Bestätigung, wenn auch nur mit einfacher Mehrheit, erfolgreich war. Die Opposition, namentlich Manuela Kotting-Uhl und Ernesto B. Dutschke, widersprachen.

Nun haben vier Mitglieder der Bürgerschaft von Grünen und Internationalen Linken beim Obersten Gericht eine Klage eingereicht. Sie beantragen die Feststellung, dass Artikel 34 Abs. 2 Satz 2 HV so auszulegen ist, dass die Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren mit absoluter Mehrheit zu erfolgen hat.

Bei der Klage handelt es sich um eine sogenannte Auslegungsstreitigkeit nach Art. 65 Abs. 3 Nr. 1 HV. Diese Klageart ist eine Eigenheit der Verfassung in Hamburg und ermöglicht es, bei Streitigkeiten oder lediglich Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die Auslegung der Landesverfassung das Verfassungsgericht anzurufen und eine Klärung herbeizuführen, wie die Verfassung auszulegen ist.

Das Oberste Gericht wird sich also mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren in Hamburg mit absoluter Mehrheit erfolgen muss oder ob die einfache Mehrheit hierfür reicht. Eine konkrete Angabe zur erforderlichen Mehrheit macht Art. 34 HV nicht.

Die Antragsteller, vertreten durch den prominenten Rechtsanwalt und Verfassungsrechtler Joachim Holler, vertreten ausweislich der Antragsschrift die Auffassung, dass sowohl Wortlaut, Zweck und historische Betrachtung der Norm für die Bestätigung durch eine absolute Mehrheit sprächen. Die Bestätigung stehe in unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahl des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin, die mit absoluter Mehrheit erfolgen müsse. Dazu sei es der Zweck der Norm, den Senat mit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit auszustatten und so die politische Stabilität Hamburgs zu gewährleisten. Dies fordere die Verfassung. Dazu berufen sich die Antragsteller auf frühere Verfassungsversionen in Hamburg, wo eine Wahl der Senatorinnen und Senatoren mit absoluter Mehrheit explizit vorgesehen war.

Die Ausführungen der Antragsteller sind durchaus schlüssig und nachvollziehbar. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Beantragung der Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren durch den Ersten Bürgermeister nicht viel eher einem ordentlichen Antrag gleicht, dessen Annahme nach § 24 Abs. 5 der Geschäftsordnung für die Hamburgische Bürgerschaft lediglich einer einfachen Mehrheit bedürfe.

Das Gericht wird sich hier also die Frage stellen müssen, ob die Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren im verfassungsrechtlichen Sinne mehr ist, als ein ordentlicher Antrag und ob die Verfassung Hamburgs dieser Bestätigung eine hervorgehobene Rolle zumisst. Da es an einer klaren Forderung der absoluten Mehrheit fehlt, wird das Gericht hier dem Antrag wohl nur dann stattgeben, wenn hinreichend überzeugend dargelegt werden können, dass die Bestätigung des Senats durch absolute Mehrheit eine tatsächlich gewichtige Rolle für die politische Stabilität Hamburgs einnimmt. Ob dies gelingt, darf angezweifelt werden. Jedenfalls ist die Klage nicht nur der Versuch einer beleidigten Opposition öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, sondern tatsächlich ein berechtigter Anlauf, eine bisher aus verfassungsrechtlicher Sicht ungeklärte Frage zu beantworten.

Insoweit darf man in diesen Tagen gespannt nach Karlsruhe und den Ausgang dieses Verfahrens blicken.

Dr. Lothar Stoiber
Experte für Verfassungsrecht

Hier könnte Ihr Artikel stehen!

Sie haben Interesse an einer journalistischen Tätigkeit?

Wir suchen freie Journalist*innen (m/w/d) für unsere Redaktion.

Gerne veröffentlichen wir auch Ihren Gastbeitrag oder Leserbrief!

Interesse? Dann schreib uns:

redaktion@deutschlandspiegel.de

DER DEUTSCHLANDSPIEGEL

Der DeutschlandSpiegel GmbH
Geschäftsführer: Dr. Alexander Dröger
Amtsgericht Hamburg